LEITARTIKEL

Lügen in Zeiten des Krieges

Immer neue Details kommen ans Licht über den von einem deutschen Oberst angeforderten Nato-Luftangriff auf zwei von den Taliban gekaperte Tanklastzüge. Es gibt immer mehr Fragen, Vorwürfe, Undurchsichtigkeiten:

‣ Wer wusste wann, was sich nahe Kundus abgespielt hat?

Reinhard Brennecke zu Afghanistan

‣ Und wer wusste wann von der hohen Zahl der zivilen Opfer?

‣ Wer wusste, ob die Bundeswehr-Elite-Einheit KSK (Kommando Spezialkräfte) maßgeblich an dem umstrittenen Angriff in Afghanistan beteiligt war?

‣ Was erlaubt das vom Bundestag erteilte Einsatzmandat? Über die Befugnisse der Soldaten heißt es schwammig, sie dürften alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt ergreifen.

‣ Gibt es eine vom Kanzleramt gebilligte Verschärfung der Einsatzstrategie, die gezielte Tötungen zulässt?

Die Bundeskanzlerin hat kurz nach Bekanntwerden des Debakels umfassende Aufklärung zugesagt, dabei ist es geblieben.

Verteidigungsminister Guttenberg hat zunächst von einer angemessenen, dann von einer nicht angemessenen militärischen Aktion gesprochen. Das spricht nicht für Überblick, sondern für Unvermögen. Gefragt sind nicht schnelle Antworten, sondern ehrliche – gerade von einem Minister, der vor den Soldaten stehen will.

Es ist zu befürchten, dass der Untersuchungsausschuss, der am Mittwoch seine Arbeit aufnehmen soll, als Bühne für parteipolitische Strategien genutzt wird. Die Union will sich nach dem Rücktritt von Verteidigungsminister Jung keine neue Personalie anhängen lassen. Die SPD will ihre Verantwortung aus der Zeit der Großen Koalition nicht damit belasten, dass der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier vielleicht auch schon mehr wusste – etwa über die KSK.

Der viel beschworene Wiederaufbau am Hindukusch versinkt im Krieg. In Zeiten des Krieges sind Lügen an der Tagesordnung – man denke nur an die Inszenierung des früheren US-Außenministers Colin Powell vor den UN, mit der er die irakische Gefahr beweisen wollte. Lügen zerstören Glaubwürdigkeit und damit die Demokratie.

KOMMENTAR

Gift für die Phantasie

Haben Sie heute schon gespart? Irgendein Schnäppchen gemacht? Bereits die Zufriedenheit gespürt, wieder mal richtig günstig eingekauft zu haben?

Sicher, immer mehr Menschen in Deutschland sind genau darauf angewiesen, weil sie jeden Cent dreimal umdrehen müssen. Aber für Unzählige ist billiges Einkaufen zum Sport geworden. Es geht kaum noch darum, Bedürfnisse oder Wünsche zu stillen. Man kauft, weil das Angebot an Billigwaren ständig wächst. Man kauft und akzeptiert, dass der Fön zu Stromschlägen neigt und die Puppe Blei enthält. Besonders bei Billig-Spielwaren pfuschen manche Hersteller, viele der Waren kommen aus Asien.

Cornelia Steiner zu giftigem Spielzeug

Sie werden häufig von Frauen, Männern und Kindern hergestellt, die stundenlang über ihre Kräfte schuften, erbärmliche Löhne verdienen und angesichts der Arbeitsbedingungen erkranken. Die Produkte entstehen in Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen der Verdrängungswettbewerb permanent härter wird, in denen immer mehr immer billiger hergestellt wird.

Und wenn das Schnäppchen-Spielzeug dann auf dem heimischen Gabentisch liegt, will auch keine rechte Freude aufkommen. Denn im Kinderzimmer stecken die Schränke schon voller Schnäppchen, die jede Phantasie verkümmern lassen.

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: meinung@bzv.de

ZITAT DES TAGES

„Ihr habt Recht, es ist genug geredet. Jetzt müssen wir handeln“

Connie Hedegaard, EU-Kommissarin für Klimaschutz und dänische Präsidentin des Klimagipfels, zu Vertretern der fast 100 000 Demonstranten

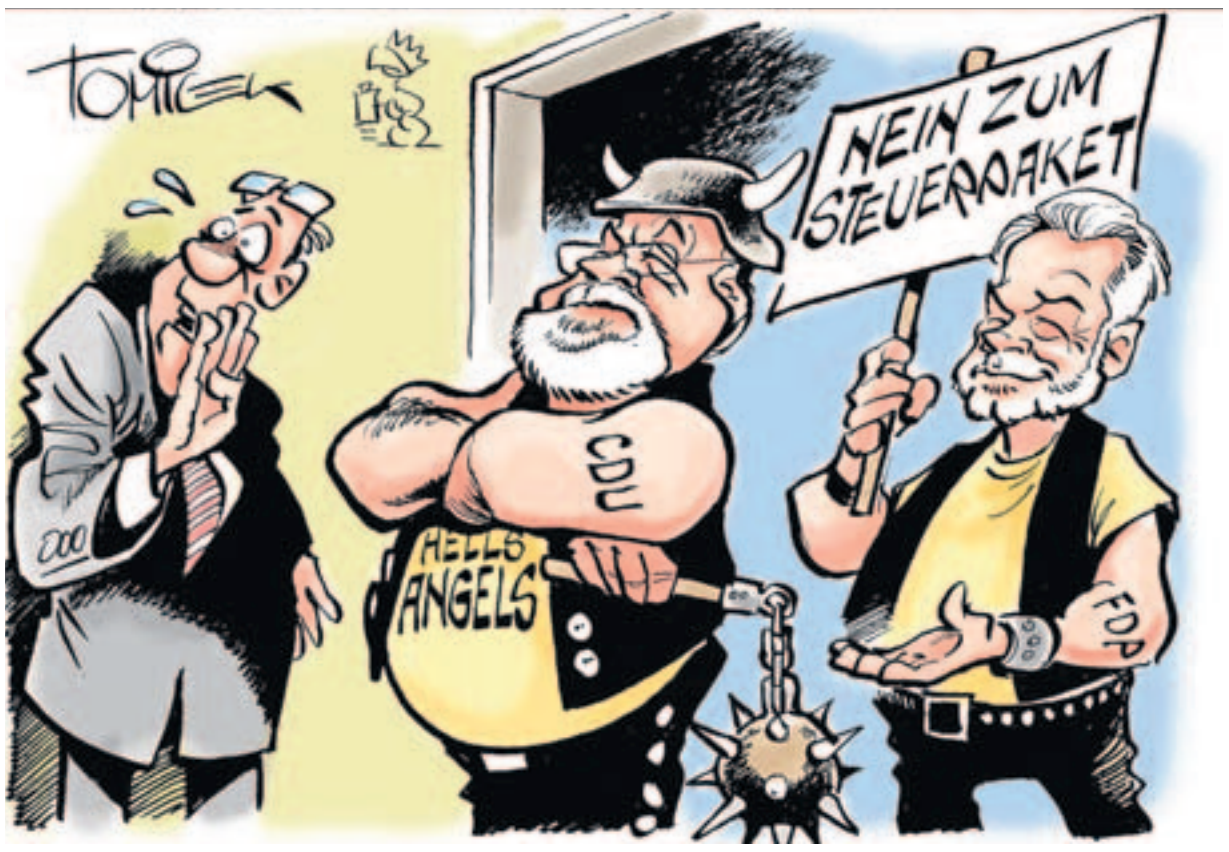
BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG SALZGITTER ZEITUNG WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung: Harald Wahls (Sprecher), Andreas Günther
Chefredakteur: Paul-Josef Raue
Stellvertretender Chefredakteur: Stefan Hans Kläsener
Chef vom Dienst: Heinz-Peter Lohse
Verantwortliche Redakteure:
Politik/Niedersachsen und die Region: Hans-Dieter Schlawis
Wirtschaft: Markus Schlesag **Kultur:** Martin Jasper
Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer **Sport:** Paul-Josef Raue
Leser-Redaktion: Klaus Herrmann **Büro Berlin:** Christian Kerl **Büro Hannover:** Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Raphael Feldmann **Vertriebsleitung:** Jürgen Nitsche
Verlag: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, 38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (0531) 3900-0
Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online: http://www.newsclick.de

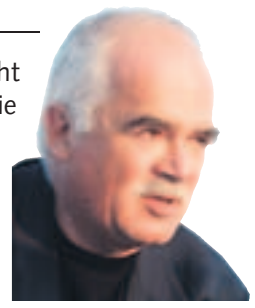


„Es sind die Sternensinger, Frau Merkel“ Karikatur: Tomicek

GASTKOMMENTAR

Für ein starkes Parlament

„Das Verfassungsgericht hat beim EU-Vertrag die Rechte der deutschen Gesetzgebung wiederhergestellt“



Peter Gauweiler, CSU-Bundestagsabgeordneter, 1990 bis 1994 bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung, zum Lissabon-Vertrag

In Lissabon war man in Kerngebiete der Staatlichkeit vorgedrungen. Ab sofort sollte die EU ihre Kompetenzen sogar ohne Vertragsänderungen erweitern können. Dies betraf zentrale Politikbereiche wie den Binnenmarkt, die Landwirtschaft, Freizügigkeit, freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, den „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ – also innere Sicherheit, Grenzkontrollen, Asyl, Einwanderung, justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit –, Verkehrspolitik, Wettbewerbspolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Kultur.

Darüber hinaus sollte neues EU-Recht (verstärkt) durch sogenannte Brückenklauseln auch dann in einem Mitgliedsland eingeführt werden können, wenn sich Regierung, Parlament und selbst die Bevölkerung dieses Landes gegen die Neuregelung ausgesprochen hatten und ihre Vertreter in den EU-Räten „überstimmt“ worden waren.

Dies betraf zum Beispiel Maßnahmen in den Bereichen Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrages, Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen sowie auch Umweltpolitik.

In der EU-Sprache nannte man diese Form von Zwangsbeglückung „Vertiefung der Integration“ und „Übergang von der Einstimmigkeit zur Mehrstimmigkeit“. Selbst für die Gestattung solcher „Übergänge“ sollte eine Zustimmung der Volksvertretung des Mitgliedslandes nicht mehr erforderlich sein.

Diese Regelung wurde vom Bundesverfassungsgericht als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar bezeichnet. Damit wären nicht nur Bundestag und Bundesrat ihre von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben genommen, sondern auch das Wahlrecht jedes wahlberechtigten Deutschen entwertet – weil die Wahl eines seiner Kompetenzen entleerten Bundestages sinnlos und zweckwidrig würde.

Mit Urteil vom 30. Juni 2009 hat das Bundesverfassungsgericht auf meinen Antrag auch das deutsche Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag für verfassungswidrig erklärt, da durch den Vollzug dieses Begleitgesetzes wesentliche Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaften in Deutschland – Bundestag und Bundesrat – aufgegeben worden wären.

Das Bundesverfassungsgericht ordnete an, dass ohne Vorlage und Verabschiedung eines neuen Begleitgesetzes, in dem die Rechte der deutschen Gesetzgebung wieder hergestellt und die Gewährleistung und Ausübung ihrer Pflichten gesichert sein müssten – auch was eine verfassungskonforme Anwendung des Vertrages angeht –, der Lissabon-Vertrag nicht ratifiziert werden darf. Auch darf der Vertrag nach seinem Inkrafttreten in Deutschland nur „nach Maßgabe der Gründe“ des Urteils angewendet werden. Um das Maß voll zu machen, stellte das Bundesverfassungsgericht auch noch fest, dass über den Beitritt Deutschlands zu einem europäischen Bundesstaat nur durch einen verfassungsgebenden Volksentscheid entschieden werden könne und nicht durch die Politik.

Peter Gauweiler

BERLIN-VORSCHAU

Von Christian Kerl

Was wird aus den Jobcentern?
Montag:
Bei einer Sonderkonferenz wollen die Länderarbeits- und Sozialminister mit Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) über die Umorganisation der Jobcenter beraten. Im Vorfeld hatten die Länder heftige Kritik an den Plänen des Bundes geübt.

Kippt die Vorratsdatenspeicherung?
Dienstag:
Das politische Berlin blickt nach Karlsruhe. Dort verhandelt das Bundesverfassungsgericht über Klagen gegen die umstrittene Massen-Speicherung von Telefon- und Internetdaten, die ein Bundesgesetz erlaubt.

Wie viel Geld für die Bildung?
Mittwoch:
Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft mit den Ministerpräsidenten zum zweiten Bildungsgipfel zusammen. Hauptstreitpunkt ist, wer die geplante Aufstockung der Bildungsausgaben finanziert.

Wie viel Schulden macht der Bund?
Mittwoch:
Das Bundeskabinett beschließt den Haushaltsentwurf von Finanzminister Wolfgang Schäuble für 2010 und den Steuerzuschuss für den Gesundheitsfonds. Schäuble plant für 2010 Schulden in der Rekordsumme von bis zu 100 Milliarden Euro.

Was will Merkel erreichen?
Donnerstag:
Bundeskanzlerin Angela Merkel reist nach Kopenhagen zum Endspurt der UN-Klimakonferenz, die am Freitag oder Samstag zu Ende geht. Vorher gibt die Kanzlerin eine Regierungserklärung im Bundestag zu ihren Verhandlungszielen ab.

Mehrheit für das Steuerpaket?
Freitag:
Der Bundesrat kommt in Berlin zu seiner mit Spannung erwarteten Abstimmung über das umstrittene Wachstumsbeschleunigungs-Gesetz der Koalition zusammen.

Geht die Piratenjagd weiter?
Freitag:
Der Bundestag stimmt darüber ab, ob sich die Bundeswehr weiter am Kampf gegen Piraten an der Küste vor Afrika beteiligt.

PRESSESTIMMEN

Tröpfchenweise

Der „Fränkische Tag“ in Bamberg schreibt zum Kundus-Debakel: „Eindeutig ist nur Folgendes: Es muss schnellstens offen gelegt werden, wer wann was wusste. Bisher kommen Informationen tröpfchenweise an die Öffentlichkeit. Dafür, dass sich dies endlich ändert, muss Guttenberg sorgen.“

Erpressung verhindern

Die „Westdeutsche Zeitung“ in Düsseldorf meint zum Steuer-Streit: „In diesem Konflikt mit den Ländern entscheidet sich grundsätzlich, ob sich die Bundesregierung von den Ländern erpressen lässt. Würde sich Merkel die Zustimmung Schleswig-Holsteins erkaufen, hätte sie für den Rest der Kanzlerschaft ihre Handlungsfähigkeit verspielt.“